



Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

18. Sitzung (öffentlich)

20. September 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:50 Uhr

Vorsitz: Dietmar Brockes (FDP) (stellv. Vorsitzender) (TOP 1)
 Franz-Josef Knieps (CDU) (Vorsitzender) (ab TOP 2)

Protokollerstellung: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Wahl einer/eines Ausschussvorsitzenden

1

Der Ausschuss wählt Franz-Josef Knieps (CDU) zum neuen Ausschussvorsitzenden.

2 Gesetz zur Aufhebung des Tariftreuegesetzes Nordrhein-Westfalen

1

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1859

Der Gesetzentwurf der Landesregierungsdrucksache 14/1859 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

- 3 Dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung anstelle fossiler Großkraftwerke** 4
- Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2109
- Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/2109 wird mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD gegen das Votum der Grünen-Fraktion abgelehnt.
- 4 RWE: Transparenz herstellen - und Verantwortung übernehmen** 8
- Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/923 (Neudruck)
Vorlagen 14/300 und 14/588
- Der Ausschuss erörtert das Thema auf der Grundlage der zur Verfügung stehenden Unterlagen und verständigt sich darauf, die abschließende Beratung des Grünen-Antrags bis zur Vorlage der in Aussicht gestellten Ergebnisse zu schieben.
- 5 Moderne Windkraft für Nordrhein-Westfalen - Keine schwarz-gelbe Blockade des Austauschs veralteter Windräder** 12
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2091
- Der Ausschuss diskutiert über den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/2091. Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.
- 6 Das NRW Ziel-2-Programm 2007 - 2013: EFRE- und ESF-Förderung konsequent und zukunftssichernd gestalten** 16
- Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2108
- Der Ausschuss erörtert das Thema unter Berücksichtigung des Wunsches, die Federführung vom Hauptausschuss in seine Zuständigkeit zu übernehmen.

7 Arbeit statt Arbeitslosigkeit - Langzeiterwerbslosen eine dauerhafte Perspektive für Arbeit und Beschäftigung schaffen 19

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2406

Der Ausschuss verständigt sich nach Diskussion einvernehmlich darauf, den Antrag der Grünen-Fraktion Drucksache 14/2406 ohne Votum an den federführenden Ausschuss zurückzugeben.

8 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007) 20

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

hier: Einführung durch das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

Der Ausschuss nimmt den einführenden Bericht durch Ministerin Thoben entgegen. Der Bericht sowie weiteres Informationsmaterial werden dem Ausschuss als Anlagen zum Protokoll zur Verfügung gestellt.

Eine Aussprache und die abschließende Behandlung des Ausschusses folgen.

9 RAG-Börsengang und Stiftungsrecht 21

Einem Bericht von Ministerin Christa Thoben schließt sich eine Aussprache an.

10 Schwächen des KPMG-Gutachtens 24

Zum Bericht der Landesregierung ergeben sich keine Nachfragen aus dem Ausschuss.

11 Verhandlungen zur Beendigung der Steinkohlesubventionen vor dem Hintergrund der Ergebnisse der RWI-Studie fortführen 25

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2101

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2155

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2167

Der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/2101 mit den Stimmen von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/2155 wird mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen das Votum von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Der Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/2167 wird mit den Stimmen der Grünen-Fraktion gegen das Votum von CDU, FDP und SPD abgelehnt.

12 Aktueller Sach- und Diskussionsstand über ein Private-Equity-Gesetz 26

Dem Ausschuss ist mit Vorlage 14/643 ein Bericht der Landesregierung zur Verfügung gestellt worden. Das Thema soll bei Bedarf erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden.

13 Terminliste 27

Der Ausschuss erörtert die bis zum Jahresende vorgesehene Terminplanung.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) macht darauf aufmerksam, dass es trotz konjunktureller Belebung immer noch eine Gruppe Langzeitarbeitsloser gebe, die nicht wieder in den Arbeitsmarkt vermittelbar seien. Diesen Menschen könne nur über einen dritten Arbeitsmarkt geholfen werden. Es gehe ja um eine spezielle Zielgruppe, die immer wieder durch das bisherige Raster falle. In Rede stünden in Nordrhein-Westfalen etwa 50.000 bis 70.000 Personen, für die Angebote vorgehalten werden müssten. Die Grünen-Fraktion wolle dem mit ihrem Antrag Rechnung tragen. Die Landesregierung solle ein Konzept ausschließlich für diese Klientel erarbeiten, da die in Rede stehenden Arbeitslosen ansonsten nicht mehr integrierbar wären.

Der **Ausschuss** verständigt sich einvernehmlich darauf, den Antrag der Grünen-Fraktion Drucksache 14/2406 ohne Votum an den federführenden Ausschuss zurückzugeben.

8 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie
hier: Einführung durch das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

Ausschussvorsitzender Franz-Josef Knieps teilt mit, im Anschluss an die Einführung in den Einzelplan 08 des Haushaltsplans durch Ministerin Thoben habe der Ausschuss Gelegenheit, Fragen zu stellen beziehungsweise Anmerkungen zu machen. Er, Knieps, schlage vor, dass sich der Ausschuss eine Beratungsrunde für seine Sitzung am 18. Oktober 2006 sowie den Abschluss der Haushaltsplanberatungen in seinem Zuständigkeitsbereich für den 8. November 2006 vornehme.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie, erstattet dem Ausschuss einen ausführlichen Bericht, der dem Ausschuss mit Vorlage 14/674 zugeht.

Thomas Eiskirch (SPD) qualifiziert den Entwurf der Ministerin als konservativ und unspektakulär: Neue Impulse seien kaum erkennbar. Eine Mehr an Komplementärmitteln hätte er sich gewünscht. Die Auswirkungen beispielsweise für den Ziel 2-Bereich könnten noch nicht endgültig abgeschätzt werden. Nach seinem Verständnis setze die Ministerin allerdings 1 Euro an gleich drei Stellen ein.

(Ministerin Thoben: Das stimmt nicht!)

Er stimme dem Vorschlag zu, auf der Grundlage des zugesagten ausführlichen schriftlichen Materials zu einem späteren Zeitpunkt detailliert in die Debatte einzusteigen. - Der

Etat, so **Ministerin Christa Thoben**, enthalte mehr Mittel für eine Förderung als im Vorjahr.

9 RAG-Börsengang und Stiftungsrecht

Mit Schreiben vom 8. September 2006, informiert **Ausschussvorsitzender Franz-Josef Knieps**, habe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Thema des Tagesordnungspunktes beantragt und um die Beantwortung von Fragen gebeten.

Für die Landesregierung erstattet **Ministerin Christa Thoben** folgenden Bericht:

Es trifft zu, dass die RAG-AG im Rahmen ihrer Überlegungen zur Umwandlung der Konzernstruktur den Weg über die Gründung einer privatrechtlichen Stiftung präferiert. Die Stiftung soll unter anderem die Aufgabe erhalten, die Anteile der bisherigen Gesellschafter der RAG zu einem vorher vereinbarten Preis zu erwerben und sodann den so genannten weißen Bereich - Degussa AG, Steag AG, RAG Immobilien AG - optimal zu verwerten.

Hierzu sieht die RAG-AG derzeit den Börsengang als geeignetsten Weg an. Die Erlöse aus der Verwertung sollen zur Finanzierung des Bergbaus eingesetzt werden. Die Stiftung soll jedoch auch den Auslauf des heimischen Steinkohlebergbaus, also die Beendigung des so genannten schwarzen Bereiches, steuern. Die RAG-AG hat der Landesregierung Ende Juli ein von ihr in Auftrag gegebenes Gutachten zur Transformation des Konzerns zur Verfügung gestellt. Die Landesregierung prüft gegenwärtig unter diversen Gesichtspunkten das vorgeschlagene Modell und hat Gesprächsbedarf deutlich gemacht.

Das Unternehmen hat inzwischen angekündigt, dass es in einen Dialog mit dem Land eintreten wolle. Parallel dazu wird die Stiftungsfrage gegenwärtig auch auf Bundesebene geprüft und im Kreis der politisch Verantwortlichen im Rahmen ihrer Spitzengespräche über die Zukunft des Steinkohlenbergbaus thematisiert.

Wegen der diversen Diskussionsebenen zu dem Thema, vor allem aber wegen des bisher noch nicht erfolgten, jedoch angekündigten Dialogs des Unternehmens mit der Landesregierung ist es zur Zeit nicht zielführend, im Ausschuss über die vorläufige Einschätzung des vorgelegten Modells zu berichten, zumal die RAG-Gutachter an einzelnen Stellen des Gutachtens von einer weiteren Erörterung mit den zuständigen Entscheidungsträgern ausgehen.

Die Auskunft der Landesregierung, bemängelt **Rainer Priggen (GRÜNE)**, stelle ihn überhaupt nicht zufrieden. Im Ausschuss selber habe der RAG-Vorsitzenden von einer staatlichen Insolvenzgarantie gesprochen.

(Ministerin Thoben: Das ist unbestritten!)

- Wer erteile eine solche Garantie? Sei eine derartige Garantie überhaupt mit Stiftungsrecht vereinbar? - Nach Auskunft der Ministerin sei das NRW-Innenministerium mit der Prüfung befasst. Auch wenn die Landesregierung die Verhandlungen mit der RAG nicht